Dr. Michael Stanglmaier
Trägerkreis Volksbegehren Betonflut eindämmen
Sendlinger Str. 47
80331 München
Tel.: 089 211597-32
Fax: 089 211597-24
Mail: michael.stanglmaier@betonflut-eindaemmen.de

29.03.2018

Leitfaden für die Gründung lokaler Aktionsbündnisse

Aktionskreise bilden, Bündnis vertiefen, Vereine anschreiben, lokale Pressearbeit

Die Aktionskreise vor Ort sind die eigentlichen Träger des Volksbegehrens. Sie erreichen am besten die Menschen vor Ort. Deswegen sind sie der zentrale Baustein für ein erfolgreiches Volksbegehren.

Sie sollen die Menschen vor Ort und die Medien über das Volksbegehren informieren und die wahlberechtigten Bürger*innen zur Eintragung motivieren und mobilisieren. Deswegen ist es unser Ziel, dass sich in möglichst vielen Städten und Gemeinden in Bayern lokale Aktionsbündnisse gründen. Natürlich werden wir nicht in jeder der über 2.000 Städte und Gemeinden ein solches Bündnis gründen können, aber zumindest sollte in jeder kreisfreien Stadt und in jedem Landkreis mindestens ein Bündnis entstehen, das das Volksbegehren unterstützt.

1. Gründung eines lokalen Aktionsbündnisses

Viele der Unterstützerorganisationen haben lokale Strukturen in der Fläche, nicht nur Parteien wie B90/GRÜNE, ÖDP und LINKE, sondern auch der Bund Naturschutz, die KAB, der Landesbund für Vogelschutz und andere. Diese sind deswegen die natürlichen Partner für ein lokales Aktionsbündnis. Wer bereits das Volksbegehren unterstützt, könnt Ihr auf unserer Homepage www.betonflut-eindaemmen.de einsehen. CSU, SPD, FW in Bayern unterstützen unser Volksbegehren (bislang) nicht. Sollte es aber bei Euch vor Ort einen Kreis- oder Ortsverband dieser Parteien geben, der hinter den Zielen von „Betonflut eindämmen“ steht, ladet ihn gerne ein. Das Gleiche gilt für den Bauernverband.

Darüber hinaus gibt es in vielen Orten lokale Initiativen, die sich mit Natur- und Umweltschutz und Fragen des Flächenverbrauchs beschäftigen. Fragt auch diese an, ob sie mitmachen. Und natürlich dürfen und sollen Privatpersonen, die keiner Partei, keinem Verband oder einer Initiativ angehören, aber sich gegen die Betonflut engagieren möchten, bei Eurem lokalen Aktionsbündnis mitmachen. Diese kommen allerdings meist erst nach der Gründung des lokalen Aktionsbündnisses hinzu.

Deswegen reicht es in der Regel aus, für die Gründung Eures Bündnisses die Vertreter*innen der Parteien, Verbände und Initiativen einzuladen.

- Schreibt die Ortsvorstände der Gruppierungen an und ladet sie zur Bündnisgründung ein.
- Organisiert dafür einen geeigneten Ort (z.B. Nebenzimmer einer Gaststätte), wo Ihr in Ruhe diskutieren könnt.
- Macht in Eurem Einladungsschreiben bereits ein oder zwei Terminvorschläge.
- Gebt in Eurem Einladungsschreiben auch an, wen Ihr alles einladet.
- Wählt bei Eurem Gründungstreffen ein bis drei Sprecher*innen für das Aktionsbündnis.
- Macht ein Foto für die Veröffentlichung.
- Schreibt über Euer Bündnistreffen eine Pressemitteilung (Muster anbei). Diese sollte kurz beschreiben, dass Ihr das Aktionsbündnis gegründet habt, wer alles mitmacht (breites Bündnis nach außen demonstrieren), wer das Bündnis vertritt und wie interessierte Menschen Euch erreichen können um das VB zu unterstützen. Wenn möglich, gebt auch einen lokalen Bezug an. Wenn zum Zeitpunkt Eurer Bündnisgründung der Eintragungstermin schon bekannt ist, gebt diesen unbedingt an.
- Vereinbart beim Gründungstreffen bereits einen Folgetermin.
- Teilt dem Kampagnenbüro die Mailadresse (und wenn Einverständnis besteht, gerne die Telefonnummer) Eurer Sprecher*innen zur Veröffentlichung auf der Kampagnenhomepage (betonflut-eindaemmen.de) mit.
- Wenn Ihr in den sozialen Medien unterwegs seid, werbt auch dort für das Volksbegehren und Euer Bündnis. Das einfachste Mittel dazu ist eine eigene Facebookseite. Ihr findet auf der Facebookseite unseres Bündnisses (www.facebook.com/BetonflutEindaemmen) auch interessante Beiträge zum Teilen.

2. Aufgaben eines lokalen Aktionsbündnisses

- Breites Bündnis aufbauen und nach Außen demonstrieren.
- Helfer*innen und evtl. auch Spender*innen gewinnen.
- Prominente Unterstützer*innen vor Ort gewinnen.
- Pressemitteilung über die Bündnisgründung veröffentlichen.
- Weitere Pressemitteilungen zum Volksbegehren und zum Thema Flächenfraß (Muster PM werden zu wichtigen Ereignissen erstellt), verbunden mit dem Hinweis auf den Eintragungszeitraum, soweit schon bekannt.
- Soweit vorhanden, auch Lokal-TV und Lokalradio informieren und einbinden.
- Informationsveranstaltung organisieren (Referent*innenliste wird durch das Kampagnenbüro erstellt und veröffentlicht).
- Flyer verteilen (Infopakete können über die Bündnishomepage bestellt werden).
- Plakatieren (örtliche Plakatierordnung beachten) A1/A0 im Straßenraum, A3 in Geschäften.
- Geeignete Orte für Freiflächenbanner möglichst an viel befahrenen Straßen suchen und Banner aufstellen (Genehmigung in der Gemeindeverwaltung erfragen und einholen).
- Eigene Aktivitäten in sozialen Medien (Facebook, Twitter (#betonfluteindaemmen) etc.).

- Infostände organisieren (2 Wochen vor Beginn und während des Eintragungszeitraums). Infostände müssen rechtzeitig (mindestens eine Woche vorher) bei der Gemeinde/Stadt beantragt werden.
- Aktionen vor Ort durchführen (z.B.: Folien/Kartons mit 90m² als Symbol für die Flächenversiegelung/Minute auslegen).
- Rathauslotsen für den Eintragungszeitraum organisieren. Diese sollen während der Öffnungszeiten vor den Rathäusern stehen und die Menschen ansprechen, damit sie ins Rathaus gehen zum Eintragen in die Volksbegehrenslisten.
- Erstunterzeichneraktion um 8 Uhr am ersten Eintragungstag, möglichst zusammen mit lokalen Promis. Presse einladen oder Mitteilung (mit Foto) für lokale Presse schreiben.
- Zwischenstände während des Eintragungszeitraums veröffentlichen (Presse, soziale Medien).

3. Mustereinladung zur Gründung eines lokalen Aktionsbündnisses in Musterhausen

Liebe (*Namen der Orts-/Kreisvorstände der möglichen Unterstützer*innen*),

wir wollen jetzt in der zweiten und sehr entscheidenden Phase des Volksbegehrens die Initiative ergreifen. (Wenn schon bekannt, zusätzlich: Vom ??.?? bis zum ??.??18 findet der 14-tägige Eintragungszeitraum statt). Wir wollen gemeinsam mit Ihnen/ Euch als Vertreter*in von (eingeladene Verbände, Parteien aufzählen) hier in (*Ort Musterhausen*) ein lokales Aktionsbündnis zur Unterstützung des Volksbegehrens „Betonflut eindämmen“ gründen. Als lokales Aktionsbündnis können wir in größerer Organisationsstruktur möglichst viele Bürger*innen mit unseren Aktionen informieren, mobilisieren und zum Eintragen für das Volksbegehren „Betonflut eindämmen“ motivieren.

Ich/wir würden uns freuen, wenn wir uns möglichst zeitnah zur Gründung treffen könnten. Ich schlage dazu den ??.?? .2018 (mindestens eine Woche nach Einladungsversand) im Nebenzimmer der Gaststätte *Musterbräu* vor. Dann können wir die weiteren Schritte beraten, ein bis drei Sprecher*innen für unser Bündnis festlegen und erste gemeinsame Aktionen planen. Zudem können wir uns mediale Präsenz mit einer Presseerklärung über unsere lokale Bündnisgründung verschaffen.

Ich würde mich über eine möglichst zeitnahe Rückmeldung, gerne auch telefonisch, freuen ob Ihr/ Sie bei unserem lokalen Aktionsbündnis „Betonflut eindämmen“ mitmachen und am ??.?? 2018 Zeit für ein Auftakttreffen habt/haben.

Viele Grüße

XY, Verband oder Partei

4. Musterpressemitteilung zur Gründung eines lokalen Aktionsbündnisses in Musterhausen

Sehr geehrte Damen und Herren,

In *Musterhausen* gründeten am xx.xx.2018 die Vertreter und Vertreterinnen von BN, LBV, ... und ... ein lokales Aktionsbündnis zur Unterstützung des Volksbegehrens „Betonflut eindämmen – Damit Bayern Heimat bleibt“. Bei ihrem Treffen im Gasthof „*Musterbräu*“ wählten sie *Lena Mustermann* zur Sprecherin des Bündnisses und Gabriele Musterfrau und Hans Mustermann zu den Stellvertreterinnen und Stellvertretern. Interessenten können die Sprecherinnen und Sprecher am besten über E-Mail mustermann@muster.de erreichen.

Alternativ, wenn die PM vor dem 18. April verschickt wird:

Bis zum 18. April 2018 muss das Bayerische Innenministerium über den Antrag zum Volksbegehren entscheiden. Lässt das Innenministerium das Volksbegehren direkt zu, startet der 14-tägige Eintragungszeitraum zwischen Mitte Juni und Mitte Juli.

Oder wenn die PM nach dem 18. April rausgeht:

Vom ??.?? bis zum ??.?? 2018 findet der Eintragungszeitraum des Volksbegehrens statt.

Zehn Prozent der wahlberechtigten Bürger und Bürgerinnen in Bayern, was knapp einer Million Menschen entspricht, muss sich dann innerhalb von zwei Wochen in ihrem Rathaus in die Unterschriftenlisten des Volksbegehrens eintragen.

Ziel des Volksbegehrens ist es, den enormen Flächenverbrauch in Bayern von derzeit über 13 Hektar pro Tag per Gesetz auf fünf Hektar zu reduzieren. Das Volksbegehren wird bayernweit von zahlreichen Verbänden und Parteien wie Bund Naturschutz, Landesbund für Vogelschutz, Bündnis90/GRÜNE, ÖDP, Linke, Katholische Arbeitnehmerbewegung, Naturfreunde Bayern, Katholische Landvolkbewegung, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und viele weitere unterstützt.

Das Aktionsbündnis in *Musterhausen* möchte die Bürgerinnen und Bürger über die Ziele und Notwendigkeit des Bürgerbegehrens informieren und zum Eintragen in die im Rathaus ausliegenden Unterschriftenlisten motivieren.

Dazu erklärte der/die neugewählte Sprecher/in des Aktionsbündnisses *Musterhausen*, *Lena Mustermann*: „Bayern verliert sein Gesicht. Jede Minute verschwinden 90 Quadratmeter Boden unter Asphalt und Beton, jeden Tag die Fläche von 18 Fußballfeldern. Deswegen brauchen wir dringend eine gesetzliche Begrenzung des Flächenverbrauchs auf fünf Hektar pro Tag“.

Gabriele Musterfrau vom BN/LBV/etc. *Musterstadt* ergänzte: „Eine Verringerung des Flächenverbrauches von täglich 13 auf fünf Hektar lässt genügend Möglichkeiten für Wohnbebauung und sinnvolle Gewerbegebiete, auch bei uns in *Musterhausen*. Wenn Parkplätze nicht mehr ebenerdig, sondern in Parkgaragen oder Parkdecks errichtet werden, spart das sehr viel Fläche.“

Hans Mustermann, Sprecher der ABL forderte: „Wir müssen auch an die Zukunft denken, unsere eigene und die unserer Kinder. Essen wächst nicht im Supermarkt. Deswegen müssen wir unsere Ackerflächen erhalten und nicht zubetonieren.“

Kann erweitert werden um 1-2 Personen, gerne auch lokalen Bezug angeben, z.B. neues, überdimensioniertes Gewerbegebiet, Umgehungsstraße, Autobahnanschluss, etc.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung

Lena Mustermann, Sprecherin des Aktionsbündnisses „Betonflut eindämmen“ *Musterhausen*

Wichtig: Foto der Gründungsversammlung beifügen

5. Musterantrag zur Verlängerung der Eintragungszeiten in Musterhausen

Die Mindesteintragungszeiten für das Volksbegehren sind durch den Gesetzgeber im Landeswahlgesetz Art 68(2) und Landeswahlordnung §79(2) vorgeschrieben.

Art 68(2)

(2) ¹Die Gemeinden sind verpflichtet, die Eintragungslisten für die Dauer der Eintragsfrist zum Eintrag der Unterzeichnungserklärung bereitzuhalten. ²Die Eintragungsräume und -stunden sind so zu bestimmen, dass jede stimmberechtigte Person ausreichend Gelegenheit findet, sich an dem Volksbegehren zu beteiligen.

§79(2)

(2) ¹Die Eintragungslisten sind während der Dauer der Eintragsfrist mindestens wie folgt auszulegen:

- 1. an den Werktagen von Montag bis Freitag von 8 Uhr bis 12 Uhr,*
- 2. an den Werktagen von Montag bis Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr,*
- 3. an einem Werktag von Montag bis Freitag bis 20 Uhr,*
- 4. an einem Samstag oder Sonntag zwei Stunden und*
- 5. an gesetzlichen Feiertagen zwei Stunden; auf diese Auslegung kann vorbehaltlich Satz 2 verzichtet werden, wenn die Eintragung an einem weiteren Samstag oder Sonntag zwei Stunden oder an einem weiteren Werktag bis 20 Uhr ermöglicht wird.*

²Beginnt oder endet die Eintragsfrist an einem Samstag, Sonntag oder gesetzlichen Feiertag, so sind die Listen an diesem Tag mindestens vier Stunden auszulegen. ³In jedem Eintragsraum sind so viele Listen auszulegen, dass längere Wartezeiten vermieden werden.

Diese Öffnungszeiten sind für viele Berufstätige, insbesondere Pendler und Pendlerinnen, oft nur sehr schwer wahrzunehmen. Deswegen ist es wichtig, dass Ihr vor Ort eine Verlängerung der Öffnungszeiten beantragt, um möglichst allen Menschen, die wollen, die Teilnahme am Volksbegehren zu ermöglichen.

Für den Erfolg des Antrags kann es hilfreich sein, wenn der Antrag von mehreren Personen aus verschiedenen Parteien/Verbänden unterschrieben wird. Die Unterzeichner*innen müssen nicht unbedingt Mitglied des Gemeinde- oder Stadtrates sein, für den Erfolg und die zügige Behandlung im Rat schadet es aber nicht.

Musterantrag: Erweiterte Eintragungszeiten bei Volksbegehren „Betonflut eindämmen“

Sehr geehrte/r Herr/Frau (Ober)bürgermeister/in,
sehr geehrte Stadt-/Gemeinderätinnen und Räte

Hiermit beantrage ich /wir:

Bei Volksbegehren „Betonflut eindämmen“ werden in *Musterstadt* während der 14-tägigen Eintragsfrist folgende Eintragungszeiten für die öffentliche Auslegung der Unterschriftenlisten festgelegt:

- Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag von 7.30 Uhr bis 19.00 Uhr
- Donnerstag: von 7.30 Uhr bis 20.00 Uhr
- Samstag und Sonntag: von 9.00 bis 13.00 Uhr (vier Wochenendeintragszeiten)
- am letzten Eintragungstag von 7.30 Uhr bis 20.00 Uhr

Oder alternative Formulierung:

Zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Öffnungszeiten wird/werden die Eintragungsstellen zu folgenden Zeiten geöffnet:

- Montag bis Donnerstag: 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr
- Freitag: 08.00 Uhr bis 16 Uhr
- pro Eintragswoche: mindestens einmal bis 20.00 Uhr
- Samstag: 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr
- Ein Sonntag/Feiertag: 10.00 bis 13:00 Uhr
- fällt der letzte Eintragungstag auf einen Wochentag, wird an diesem zusätzlich bis 20.00 Uhr geöffnet
- fällt der letzte Eintragungstag auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, wird an diesem von 9.00 bis 16.00 Uhr geöffnet

Begründung:

Die gesetzlichen Hürden für Volksbegehren sind außerordentlich hoch. Nur wenn sich mindestens 950.000 Wahlberechtigte (Stand 2017) innerhalb von 14 Tagen in die in den

Rathäusern *und weiteren Eintragungsstellen* ausliegenden Listen eintragen, ist eine Initiative erfolgreich.

Die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestöffnungszeiten (Bay. Wahlordnung §79(2)) sind für viele Berufstätige und insbesondere Pendler*innen häufig sehr ungünstig. Nach Art. 68(2) muss aber sichergestellt werden, dass alle Wahlberechtigten ausreichend Gelegenheit finden, sich am Volksbegehren zu beteiligen. Dies wird beim jetzigen Berufsalltag für viele Menschen durch die Mindestöffnungszeiten nicht sichergestellt.

As Instrument der direkten Demokratie und der Bürgergesetzgebung ist ein hohes Gut in Bayern. *Musterstadt* kann durch die beantragten bürgerfreundlichen Öffnungszeiten mit geringem Aufwand dazu beitragen, dass die Wahrnehmung allen Wahlberechtigten offensteht.

Mit freundlichen Grüßen

Lena Musterfrau
Stadt-/Gemeinderätin

Hans Mustermann
Stadt-/Gemeinderat